

IW-Direktor zur Wirtschaftspolitik

Mit einer Agenda 2005 den Reformweg weitergehen

„Wir haben 2004 wirtschaftspolitisch einen halben Schritt gewagt. Das ist mehr als in den Jahren zuvor, aber zu wenig, um die Zukunft zu gewinnen.“ Diese Position vertritt Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), in seinem Ausblick auf das Jahr 2005. Folglich bedürfe es einer Strategie, die von einer ordnungspolitischen Perspektive geprägt sei und das Wachstumsproblem an seiner Wurzel packe. Hüther fordert daher unter anderem eine grundlegende Verbesserung des Investitionsklimas durch eine nachhaltige Verminderung der Steuer- und Abgabenlast. Dazu sei es notwendig, das Steuersystem fundamental zu reformieren und zu vereinfachen sowie die Sozialversicherungen vom Arbeitsverhältnis zu entkoppeln. Dies müsse begleitet werden von einer Revision der Staatstätigkeit, welche sich künftig auf die allgemeine Daseinsvorsorge zu beschränken hätte.

In jedem Fall müsse der dornige Reformweg weitergegangen werden: „Wir brauchen eine Agenda 2005!“, unterstreicht der IW-Direktor. Zu dieser gehöre eine umfassende Haushaltssanierung mittels eines Haushaltssicherungsgesetzes, so dass in bestehende gesetzliche Leistungsverpflichtungen eingegriffen werden könne. Weiterhin seien die begonnenen Arbeitsmarktreformen zu vollenden. Dies erfordere sowohl eine Bereinigung der Fehlsteuerungen – wie die Zuschläge beim Arbeitslosengeld II – als auch notwendige Ergänzungen, die es Unternehmen erleichtern würden, neue Arbeitsplätze zu schaffen – etwa durch weiter gehende Befristungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen. Schließlich sollte es gelingen, in eine strukturelle Einkommensteuerreform einzusteigen, die zu einer Vereinfachung des Steuerrechts führt. Hier, so Hüther, seien wir international überhaupt nicht wettbewerbsfähig.

Wir wünschen allen Lesern ein gutes neues Jahr!

Michael Hüther

Ein halber Schritt nach vorn

1 Zu Beginn des Jahres 2005 befindet sich die deutsche Volkswirtschaft in einer besseren Ausgangsposition als zwölf Monate zuvor. Wenngleich der Glaube an eine stabile weltwirtschaftliche Entwicklung angesichts der Turbulenzen an den Devisenmärkten und der Kapiolen auf den Rohstoffmärkten derzeit Zweifeln ausgesetzt ist, stehen die Chancen für einen weiteren Aufschwung nicht so schlecht.

2 Dafür spricht eine Mixtur aus wirtschaftspolitischen Verbesserungen, tarifpolitischer Vernunft, eigenständigen konjunkturellen Auftriebskräften und einer alles in allem robusten Weltwirtschaft. Ein kräftiger Boom ist gleichwohl nicht in Sicht. Die deutsche Volkswirtschaft bleibt 2005 auf dem bisherigen Expansionspfad. Weiter trägt der eingeleitete Mentalitätswandel nicht. Das ist nicht viel, aber mehr als bisher.

3 Die Arbeitsmarktreformen stehen vor der Bewährungsprobe; die Leistungsfähigkeit der Arbeits- wie auch der Sozialverwaltung wird getestet werden. Erkennbar ist schon jetzt, dass die Hartz-IV-Reform zu den gewünschten Verhaltensänderungen der Transferempfänger führt. Sie haben mehr Anreize, sich eine Beschäftigung zu suchen. Zudem müssen sie erst einmal auf Ersparnis oder das Einkommen des gut verdienenden Partners zurückgreifen, bevor der Staat sie unterstützt.

4 Zum Jahresbeginn ist die letzte Stufe der Einkommensteuerreform in Kraft getreten. Der Eingangsteuersatz wurde auf 15 Prozent gesenkt, der Spitzensteuersatz auf 42 Prozent. Damit kommen nun die Personenunternehmen in den Genuss der vollen Reformwirkung – auch wenn sie gegenüber den Kapitalgesellschaften immer noch einen kleinen Nachteil haben. Das steuerliche Plus auf dem Lohnzettel der Arbeitnehmer droht nicht gleich durch höhere Sozialabgaben zunichte gemacht zu werden. In der Krankenversicherung sollte sogar Spielraum für leichte Beitragssatzsenkungen entstehen. Die Ren-

tenversicherung ist zwar in einer Schiefelage, zu einer Beitragssatzerhöhung kommt es aber allenfalls später im Jahr.

5 Die Tarifabschlüsse 2004 haben die Löhne und Gehälter im Schnitt um 1,5 Prozent angehoben. Dies ist zuviel, weil erst durch eine Unterschreitung des mittelfristigen Produktivitätstrends die Basis für mehr Arbeitsplätze gelegt wird. Es ist jedoch insoweit erträglich, weil es zumindest der Beschäftigungssicherung dient. Ein Teil des tariflich verordneten Lohnzuwachses haben die Unternehmen zudem dadurch aufgefangen, dass sie bei den freiwilligen Leistungen kürzer traten.

6 Fast noch wichtiger als eine einigermmaßen moderate Lohnpolitik sind die strukturellen Änderungen, die die Tarifpolitik eingeleitet hat. Der Pforzheimer Abschluss in der Metall- und Elektro-Industrie hat eine Reihe von betrieblichen Ergänzungstarifverträgen nach sich gezogen, die Standorte sichern. Das ist ein erster Schritt auf dem mühseligen Weg einer Neujustierung der Balance zwischen kollektiver und betrieblicher Lohnfindung.

7 Innerhalb weniger Monate gelang es 2004, die Philosophie der Arbeitszeitverkürzung auszuhebeln, die 20 Jahre lang ganz oben auf der Wunschliste der Gewerkschaften stand. Längere Arbeitszeiten sind kein Tabu mehr, kollektive Lösungen nicht weiter das Allheilmittel. Auch dies ist Teil des Mentalitätswechsels.

8 Die Früchte der Veränderungen kommen den Unternehmen im neuen Jahr zugute. Zum Teil realisieren sie Kostenminderungen von 20 bis 30 Prozent. Derartige Kosteneffekte machen den Standort im globalen Wettbewerb zukunftsfähig. Der Nachteil zu hoher Kosten kann korrigiert werden, so dass die zweifellos bestehenden Vorteile wieder an Bedeutung gewinnen, wenn über beschäftigungsträchtige Investitionen entschieden wird. Die Botschaft daraus lautet: Wir sind handlungsfähig und wir handeln.

9 Die Unternehmen lassen für 2005 eine gewisse Zuversicht erkennen. Die in der Herbstumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln gemeldeten Investitionsabsichten machen deutlich, dass sich der Modernisierungstau der vergangenen Jahre auflöst. Auch die aktuelle Verbandsumfrage (vgl. Seite 4-5) zeigt, dass der Investitionsfunke allmählich zündet. Die nach den schlechten Ergebnissen zu Beginn des Jahrzehnts sich verbessernde Gewinnlage der Unternehmen – ein Resultat der Restrukturierungsbemühungen der vergangenen Jahre – begünstigt dies ebenso wie die gute Auftragslage. Zunehmend profitieren die Firmen auch von der wirtschaftlichen Belebung im Inland. Spät, aber nicht zu spät beginnt die Binnennachfrage, sich aus der Stagnation zu lösen.

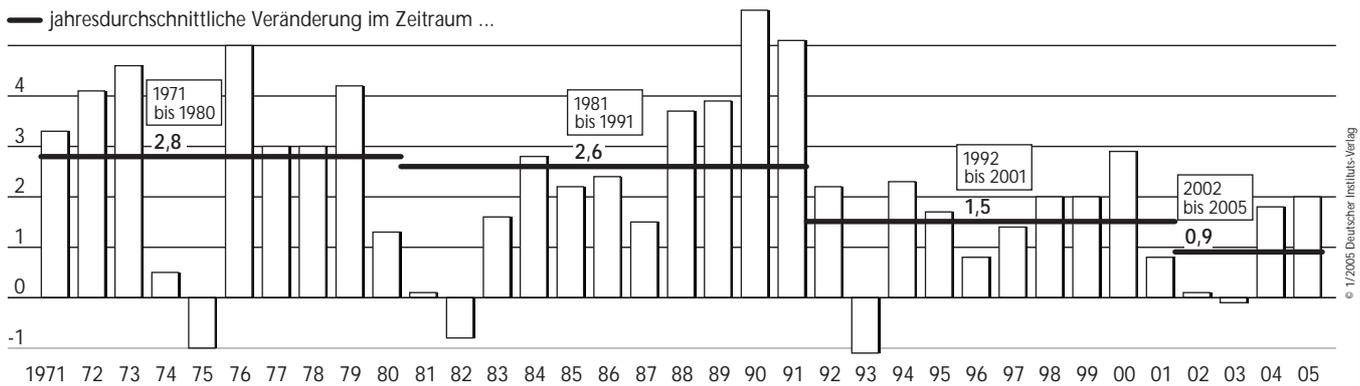
10 Der private Konsum wird sich im kommenden Jahr wieder etwas beleben. Dafür sprechen die Stabilisierung am Arbeitsmarkt und die Entlastung an der Abgabenfront. Seit dem Herbst verbessert sich das Konsumklima. Das Weihnachtsgeschäft verlief vielerorts zufrieden stellend.

11 Die großen Regionen der Weltwirtschaft müssen sich im neuen Jahr auf ein geringeres Wachstumstempo einstellen. Die Frage stellt sich, ob dies der Beginn eines Abschwungs oder nur ein zwischenzeitliches Abbremsen der wirtschaftlichen Dynamik ist.

12 Gegen die These vom Abschwung lässt sich die US-amerikanische Konjunkturbewegung anführen: In den Vereinigten Staaten kam bislang die Investitionstätigkeit noch nicht richtig in Gang. Dies ist auf die Bereinigung der aus der New Economy verbliebenen Investitionsblase und die in den vergangenen Jahren hohe Verunsicherung der Investoren zurückzuführen. Diese Effekte laufen zunehmend aus, so dass bei gleichzeitig guter Gewinnentwicklung die Basis für eine stärkere Investitionstätigkeit gelegt ist. Übersehen werden sollte auch nicht, dass

Wirtschaftswachstum: Im Trend immer weniger

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent



bis 1991: Westdeutschland
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, 2004 und 2005: IW-Prognose

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

die Prognosen für die USA eine zwar um einen Prozentpunkt schwächere Dynamik vorhersagen, zugleich aber von einer weniger expansiven Geld- und Fiskalpolitik ausgehen. Insofern gesundet die Erholung jenseits des Atlantiks.

13. Wir haben 2004 wirtschaftspolitisch einen halben Schritt gewagt. Das ist mehr als in den Jahren zuvor, aber zu wenig, um die Zukunft zu gewinnen. Dafür bedarf es einer Strategie, die von einer ordnungspolitischen Perspektive und den Erfahrungen erfolgreicher Wirtschaftspolitik geprägt ist. Ordnungspolitische Konsistenz erfordert, das Wachstumsproblem an seinen Wurzeln zu packen.

14. Dies führt zur Forderung nach einer grundlegenden Verbesserung des Investitionsklimas – durch eine nachhaltige Verminderung der Steuer- und Abgabenlast. Dazu ist es notwendig, das Steuersystem fundamental zu reformieren und zu vereinfachen sowie die Sozialversicherungen vom Arbeitsverhältnis zu entkoppeln. Der Umbau der Sozialsysteme erweist sich dabei aufgrund der absehbaren demographischen Veränderungen und der bestehenden Anreizprobleme als unabdingbar.

15. Das muss begleitet sein von einer grundlegenden Neustrukturierung der staatlichen Ausgaben. Es bedarf einer Revision der Staatstätigkeit, die dem Gedanken folgt, die öffentlichen Aufgaben auf die allgemeine Daseinsvorsorge zu beschränken und zugleich die Investitionen deutlich zu erhöhen. Dies sollte im föderalen Rahmen

geschehen – keine Ebene darf sich aus der Verantwortung stellen.

16. Gleichzeitig geht es darum, die absehbare demographische Wandel das mittelfristige Wachstum nicht belastet. Dazu muss das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen erhöht werden, und zwar generell über längere Arbeitszeiten und speziell über eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Arbeitnehmern und Geringqualifizierten. Darüber hinaus gilt es, den Bildungserfolg zu verbessern – über eine umfassende frühkindliche Bildungsbetreuung, intensivere Bildungszeiten im schulischen Bereich und eine Modularisierung der nachschulischen Aus- und Weiterbildung.

17. Kommt eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie hinzu, dürfte sich auch unser demographisches Profil positiver entwickeln, weil mehr Kinder geboren werden. Um das Problem weiter abzumildern, bedürfen wir zusätzlich einer klar nach ökonomischen Kriterien gesteuerten Zuwanderung.

18. Die Erkenntnis des Jahres 2004 – schlüssig handeln zu können – sollte uns vor dem Fatalismus schützen, dass allein ein Hoffen auf die Zukunft auch die Gegenwart beleben kann. Wir dürfen den trotz der konjunkturellen Erholung unverändert bescheidenen Ausblick nicht akzeptieren und müssen den dornigen Reformweg weitergehen. Wenn die Wirtschaftspolitik nun die Hände in den Schoß legt und

untätig bleibt, wären alle Anstrengungen des vergangenen Jahres vergeblich gewesen.

19. Wir brauchen eine Agenda 2005! Dafür bieten sich drei Ansatzpunkte:

- Jede erfolgreiche Reformstrategie mit Nachhall hat in der Vergangenheit mit einer umfassenden Haushaltssanierung begonnen. Dazu ist ein Haushaltssicherungsgesetz notwendig, mit dem in bestehende gesetzliche Leistungsversprechen eingegriffen werden kann.
- Wir müssen die begonnenen Arbeitsmarktreformen vollenden. Dies erfordert eine Bereinigung der Fehlsteuerungen – wie die Zuschläge beim Arbeitslosengeld II – und notwendige Ergänzungen, die es Unternehmen erleichtern, neue Arbeitsplätze zu schaffen – etwa durch eine Liberalisierung der Befristungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen.
- Auf Basis des Konsenspapiers der Länderfinanzminister sollte es gelingen, in eine strukturelle Einkommensteuerreform einzusteigen, die zu einer Vereinfachung des Steuerrechts führt. Hier sind wir international überhaupt nicht wettbewerbsfähig.

20. Mit dieser Agenda 2005 würde dem Stillstand in der Wirtschaftspolitik entgegengewirkt, der mit Blick auf das Wahljahr 2006 droht. Die Handlungsbereitschaft des Staates kann zugleich die Handlungsbereitschaft von Bürgern, Arbeitnehmern und Unternehmen fördern, das fortzusetzen, was 2004 begonnen wurde – die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.